

An die örtliche Presse

Pressemitteilung des Stadtverbandsvorsitzenden Marc Bastian (CDU) zu den Pressartikeln bzgl. dem Freibad Weidenhausen

Gladenbach, 9. Dezember 2024

Klare Verantwortung:

Finanzielle Transparenz vor weiteren Entscheidungen zum Freibad Weidenhausen

Marc Bastian, Stadtverbandsvorsitzender der CDU Gladenbach, nimmt Stellung zu den aktuellen Diskussionen rund um das Freibad Weidenhausen und betont, dass der Antrag zur Aussetzung weiterer Auftragsvergaben keine Ablehnung des Projekts darstellt, sondern ein Zeichen verantwortungsvoller Finanzpolitik ist.

Sicherheit und Nachhaltigkeit für Gladenbachs Zukunft

„Wir alle wissen, wie wichtig das Freibad Weidenhausen für unsere Stadt und ihre Gemeinschaft ist. Es steht außer Frage, dass wir eine zukunftsfähige Nutzung der Fläche langfristig unterstützen“, erklärt Marc Bastian. „Aber in der aktuellen finanziellen Lage ist es unsere Pflicht, sorgsam mit den Mitteln der Stadt umzugehen und alle Optionen zu prüfen, die eine solide und tragbare Lösung für Gladenbach sichern.“

Der Antrag sieht vor, weitere Auftragsvergaben so lange auszusetzen, bis die städtischen Finanzen im Rahmen des Haushaltsplans 2025 im Januar endgültig geklärt sind. Damit reagiert er auf die angespannten finanziellen Bedingungen, die auch vom Bürgermeister mehrfach öffentlich thematisiert wurden.

Ein klares Bekenntnis zur Prüfung aller Möglichkeiten

Bastian betont, dass er keinesfalls das Engagement rund um das Projekt infrage stellt: „Wir wissen, dass das Freibad für viele ein emotionaler Treffpunkt ist. Doch wir müssen sicherstellen, dass jede Entscheidung auf einem tragfähigen finanziellen Fundament basiert. Daher ist es wichtig, auch alternative Nutzungs- oder Finanzierungskonzepte in Betracht zu ziehen, die den langfristigen Interessen der Stadt dienen und nicht nur Interessen eines Vereins vertreten.“

Hoher Investitionsstau bei Pflichtaufgaben: Brandschutz und Kindertagesstätten

Neben dem Freibadprojekt stehen weitere drängende Herausforderungen an. Insbesondere im Bereich Brandschutz und bei unseren Kindertagesstätten gibt es erhebliche Investitionsstaus, die dringend angegangen werden müssen. „Diese Bereiche sind Pflichtaufgaben, die unmittelbar mit der Sicherheit und Zukunft unserer Bürgerinnen und Bürger verbunden sind. Es ist unsere Aufgabe als Stadt, hier Prioritäten zu setzen, bevor wir neue freiwillige Projekte starten“, erklärt Bastian.

Eine abstrakte Diskussion, die nicht zur Realität passt

Die aktuellen Diskussionen zeigen eine Diskrepanz zwischen Wunsch und Wirklichkeit auf. „Auf der einen Seite sollen Eltern mehr Gebühren für die Betreuung ihrer Kinder in Kindertagesstätten zahlen, Sportvereine erhalten keine Zuschüsse für dringend benötigte Rasenmäher, und der Bürgermeister betont wiederholt, dass wir kein Geld haben. Gleichzeitig aber stehen Eigenmittel von 2,5 Millionen Euro und jährliche Folgekosten von 400.000 Euro für einen drei- bis viermonatigen Betrieb des Freibads scheinbar nicht zur Debatte. Das passt nicht zusammen und muss kritisch hinterfragt werden“, betont Bastian.

Veränderte Rahmenbedingungen seit 2020

Bastian weist zudem darauf hin, dass der Grundsatzbeschluss aus dem Jahr 2020 mit der aktuellen Situation kaum mehr vergleichbar ist. „Damals lagen die Gesamtanierungskosten bei 2,1 Millionen Euro. Die heutige Gesamtmaßnahme bezieht sich auf mindestens 5,7 Millionen Euro ohne Zins- und Tilgung. Allein die Abschreibungen und die Aufwendungen für Unterhaltung haben sich damit fast verdreifacht. Das sind Fakten, die man nicht wegwischen kann und die eine neue Betrachtung zwingend erforderlich machen“, erklärt Bastian.

Bastian fordert daher eine ehrliche und transparente Diskussion darüber, wie Gladenbachs knappe Ressourcen am sinnvollsten eingesetzt werden können.

Verantwortung für die Zukunft

Marc Bastian betont: „Jeder, der hier zusehends in eine finanzielle Katastrophe läuft, ohne die Augen zu öffnen, muss das Ganze auch in Zukunft vertreten. Unser Antrag hätte genau das erreicht, was jeder will – eine sichere Variante, sollten die Kosten gesprengt werden. Diese Debatten werden aber voraussichtlich erst im März 2025 anstehen. Diese drei bis vier Monate hätte die CDU gerne vorab genutzt, um zu besprechen, ob es auch finanziell anders gehen kann.“

Andere Wege müssen gefunden werden

Bastian sieht die Notwendigkeit, neue Wege in der Trägerschaft des Freibads zu gehen. Der Förderverein sollte sich Gedanken darüber machen, in einen Trägerverein zu fusionieren, der eine stärkere Verantwortung übernimmt. „Wenn die Schwimmbadfreunde als Trägerverein bereit sind, sich im Kassenbetrieb, Kioskbetrieb, im Bereich der Grünflächenpflege und der Unterhaltung des Bades stark einzubringen, und mit ihren Einnahmen sowie einem Festzuschuss durch die Kommune das Bad in Zukunft selbst tragen, dann wäre das ein nachhaltigerer Ansatz als Frontalangriffe, die in keinster Weise haltbar sind“, so Bastian.

Darüber hinaus könnte eine Lösung sein, mit einmaligen Mitteln das Bad so aufzustellen, dass es weiterhin genutzt werden kann. „Wenn uns das gelingt für 2 Millionen Euro, würden die Folgekosten drastisch gesenkt. In Einklang mit einem neuen Trägerverein, der sich kümmert und das Bad betreibt, könnte diese Lösung eine runde und tragbare Zukunftsperspektive darstellen“, so Bastian weiter.

Keine Grundlage für Vorwürfe und Missverständnisse

Bastian stellt klar: „In keiner Silbe unseres Antrags ist enthalten, dass das Bad aufgegeben werden soll. Diese einseitige Argumentation einiger Vereinsmitglieder entbehrt jeglicher Grundlage. Es ist ebenfalls unsinnig, hier von einem Baustopp zu sprechen. Baumaßnahmen werden in jedem Fall erst dann starten, wenn alle Submissionsergebnisse vorliegen – dieses Vorgehen wurde letzte Woche noch einmal bestätigt.“

Zudem verweist Bastian auf die demokratischen Grundsätze innerhalb der CDU: „Das Abstimmungsverhalten der Ortsbeiratsmitglieder ist legitim. In der CDU darf im Übrigen jeder abstimmen, wie er möchte.“

Wertschätzung und sachliche Betrachtung

Marc Bastian betont, dass er die Arbeit des bei der SEB angestellten Projektbeauftragten Roland Döhler schätzt, sich jedoch wünschen würde, dass dieser sich aus der politischen Debatte heraushält. „Es würde ungemein helfen, wenn man die Diskussion sachlich betrachtet. Dazu gehört auch, dass in Gladenbach 13.000 Menschen leben, wovon in einer Petition nicht einmal 400 Personen aus Gladenbach unterschrieben haben. Aber alle Einwohner müssen die Folgekosten schultern – das muss allen klar sein“, so Bastian.

Marc Bastian
Stadtverbandsvorsitzender der CDU Gladenbach